

Der deutsche Metallarbeiter.

Organ des christlich-socialen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Herausgegeben vom Vorstandsvorstande.

Erscheint alle 14 Tage.

Für Mitglieder des Verbandes durch die Poststellen gratis. — Abonnementspreis für Nichtmitglieder bei der Expedition (Duisburg, Aufseßstraße 15) und bei der Post, Postzeitungspreisliste Nr. 1944 a, 65 Pf. vierteljährlich.

Alle Zuschriften, die den Inhalt des Organs betreffen, sowie Einwendungen für dasselbe sind zu richten an den Redakteur J. Wieser, Duisburg, Heerstr. 52. Inserate, Neubestellungen, Adressänderungen und Besondere in der Ausstattung sind an die Expedition zu richten. Insertionspreis im Voraus zahlbar, für die angegebene Zeitspanne 80 Pf.

5. Jahrgang.

Duisburg, Sonnabend, den 30. Januar 1904.

Nr. 3.

Soziale Pflichten als Forderung des Christentums

I.

Dieses höchst bedeutsame Thema behandelte in einem längeren, interessanten Vortrag Herr Kaplan Dr. Wibel. Da derselbe als warmer Freund der christlichen Gewerkschaftsbewegung und insbesondere unseres christlichen Metallarbeiterverbandes bekannt ist, glauben wir unseren Kollegen einen Dienst zu erweisen, den Vortrag, der auch für uns christl. Gewerkschaftler von Interesse ist, nachstehend wörtlich folgen zu lassen:

Der Mensch ist auf den Menschen angewiesen. Ganz allein für sich, losgelöst von der menschlichen Gesellschaft, kann er nicht bestehen. Auch bei den Wilden, die auf der untersten Stufe der Kultur stehen, finden wir ein Zusammenhalten zu gegenseitiger Hilfe und gegenseitiger Förderung; bei unserer fortgeschrittenen Kultur, die auf einer bis in das Kleinste durchgeführten Arbeitsteilung beruht, wäre eine vollständige Isolierung des Einzelnen erst recht völlig undurchführbar. So haben wir schon die Heiden richtig erkannt, daß der Mensch ein Gesellschaftswesen ist, und daß er entsprechend den Ansprüchen, die er an die menschliche Gesellschaft stellt, auch Pflichten gegen sie zu erfüllen hat, soziale Pflichten. Diese Pflichten liegen somit im Naturgesetze begründet.

Das Christentum aber hat neues Licht verbreitet über die sozialen Pflichten, indem es die Grundzüge derselben klarer herausgestellt, manche Irrtümer beseitigt und die einzelnen Pflichten vollständiger und bestimmter gelehrt hat. Wenn auch die Heiden manche soziale Pflichten, so z. B. die Pflicht, das Vaterland zu verteidigen und für das Gemeinwohl zu arbeiten, in großartiger Weise erfüllt haben, so versahen sie doch auch schweren Irrtümern. Einer der schlimmsten war die Anschauung, daß die Menschheit in zwei Klassen zu teilen sei, in Freie und Sklaven, von denen die ersten nur Rechte, die zweiten nur Pflichten gegen die anderen hätten; ein Irrtum, dem selbst der edle und tief sinnige Philosoph „Idealstaat“, den er als zu erstrebendes Ziel genauer ausgemalt hat, als Bebel seinen Zukunftsstaat, die Sklaverei mit hinüber. Dagegen lehrte das Christentum die allgemeine Gleichheit auf Grund der Menschenwürde, die allgemeine Zugehörigkeit zu der einen großen Gottesfamilie, und gab dem natürlichen Gefüge der menschlichen Gesellschaft eine höhere Weihe und einen festern Halt durch die übernatürliche Einheit in Christo. Der Apostel Paulus sagt, daß wir alle Glieder eines Leibes seien, von welchem Christus das Haupt ist. Da haben wir die Idee des Organismus der Menschheit in ihrer vollkommensten Gestalt. Vor der Macht dieser Prinzipien mußte die Sklaverei von selber schwinden, wie Winterschnee vor der Frühlingssonne.

Wenn wir uns nun klar werden wollen über die sozialen Pflichten, um zu sehen, wie sie als Forderungen des Christen uns sich darstellen, dann müssen wir zunächst das Wort „sozial“ etwas näher betrachten. Das Wort hat einen weiteren und allgemeineren Sinn und einen speziellen; und darnach können wir auch die sozialen Pflichten im weiteren und im besonderen Sinne fassen. „Sozial“ kommt von „Sozios“, und dies lateinische Wort bedeutet „Gesellschaft“. Es ist schon angedeutet worden, daß die ganze Menschheit eine große Gesellschaft bildet. Innerhalb dieser großen Gesellschaft finden wir viele kleine und große Verbände verschiedener Art und mit verschiedenen Zielen. Die kleinste, älteste ehrwürdigste Gesellschaft ist die Familie, die gleichsam den Baustein bildet für alle übrigen sozialen Organisationen, und mit deren Zerfall schließlich alle übrigen sozialen Gebilde zusammenstürzen würden. Ueber den Familienhöfen sich größere und weitere Hallen, die kommunalen und politischen Gesellschaften, die Stadt- oder Gemeinwesen und die Staatswesen, neben oder vielmehr in diesen allgemeinen stehen wieder besondere Gesellschaften, die Berufsverbände, die sich zur Vertretung ihrer

besonderen Interessen bilden. Endlich über alle spannt sich der weltumfassende Bau der von Gott selbst gegründeten erhabensten Gesellschaft, die den höchsten Zielen geweiht ist, der Kirche. Aus der Zugehörigkeit zu diesen Gesellschaften ergeben sich Pflichten, und alle diese Pflichten können wir als soziale im weiteren Sinne bezeichnen. Es ist auch lehrreich zu sehen, wie das Christentum diese Pflichten aufsaugt und uns einschärft; aber es würde zu weit führen. Wir wollen die sozialen Pflichten im engeren Sinne ins Auge fassen. Was haben wir denn unter diesen zu verstehen?

Die ganze Welt spricht von der sozialen Frage, von sozialen Bestrebungen, von sozialer Politik, von sozialer Reform, und in all diesen Redensarten hat das Wort „sozial“ einen ganz speziellen Sinn. Es weist hin auf das Verhältnis der verschiedenen Stände oder Berufs-klassen innerhalb der menschlichen Gesellschaft; ist dieses Verhältnis so, daß die verschiedenen und oft widerstreitenden Interessen der einzelnen Stände in gerechtem Ausgleich zur Geltung kommen, dann haben wir eine gesunde soziale Lage; ist dies Verhältnis aber so, daß irgend ein Stand auf Kosten anderer ungebührlich begünstigt ist, oder daß irgend ein Stand ungerecht bedrückt wird und nicht die zu beanspruchenden Lebensbedingungen findet, dann haben wir eine unhaltbare soziale Lage, eine soziale Gefahr. Es kommt hier vornehmlich das Arbeitsverhältnis in Betracht, und ganz besonders das Arbeitsverhältnis in der Großindustrie, das in unserem Vaterlande zwei Drittel des ganzen arbeitenden Volkes umfaßt. Auch hier spricht das Christentum mit. Das Christentum will nicht bloß in der Kirche gelten, nicht bloß in der Familie und dem Privatleben, sondern auch im öffentlichen und im wirtschaftlichen Leben; es regt die Beziehungen der einzelnen Menschen aber auch ganzer Menschenklassen zu einander. Es legt den Arbeitgebern und Arbeitnehmern soziale Pflichten auf, und diese sollen nun näher betrachtet werden. Zuvor aber müssen wir eine irrige Auffassung über das Arbeitsverhältnis zurüchweisen.

„Ich bin Herr im Hause“. So kann der Vater sprechen im Kreise der Familie, so kann auch der Herr sprechen zu seinen Dienern. Kann der Arbeitgeber auch so sprechen? Schwierig wird er den Anspruch erheben, daß die Arbeiter Kindespflichten gegen ihn zu erfüllen hätten, denn in den meisten Fällen wird er weit entfernt sein, sich als Vater ihnen gegenüber zu fühlen. Aber die Arbeiter sind auch nicht die Knechte des Fabrikherrn, das Arbeitsverhältnis ist nicht ein Dienstverhältnis, sondern ein Vertragsverhältnis. Kapital und Arbeit als die beiden Faktoren der Produktion sind einer auf den andern angewiesen und gehen miteinander einen Vertrag ein, dessen Gegenstand die Arbeitsbedingungen sind. Wenn tatsächlich unter den jetzigen Verhältnissen dieser Arbeitsvertrag einseitig festgesetzt wird, weil die Arbeit nicht in der Lage ist, ihre Interessen zur Geltung zu bringen, so ist das ein sozialer Mißstand, aus dem niemand ein Recht herleiten kann. Die praktische sozial-reformarbeit zielt ja auch vornehmlich darauf hin, den Arbeitsvertrag wirklich frei zu machen. „Ich bin Herr im Hause“ kann der Fabrikherr sagen in dem Sinne, als die Produktionsmittel sein Eigentum sind, und als er die Leitung der ganzen Produktion in Händen hat; nicht jedoch kann er so sprechen hinsichtlich der Arbeiter und des Vertrages, den er mit ihnen abzuschließen hat. Hier entscheiden andere Grundsätze, wie wir sogleich hören werden.

Die Grundpfeiler unter den sozialen Pflichten sind die Gerechtigkeit und die Nächstenliebe und beide verpflichten sowohl den Arbeitgeber wie den Arbeitnehmer.

Was zunächst die Gerechtigkeit betrifft, so scharft das Christentum dem Arbeitgeber ein, seine Arbeitern den verdienten Lohn zu geben ohne ungerechte Vorenthaltung und zu seiner Zeit, und nennt die Verletzung dieser Pflicht eine himmelstreichende Sünde. Da zeigt es sich klar, daß das Christentum es ernst nimmt mit den sozialen Forderungen. Nicht nach Günst und Laune, nach Willkür soll der Lohn gezahlt werden, sondern nach Recht und Gerechtigkeit; gewiß darf der Arbeitgeber einem Arbeiter, dem er sein besonderes Wohlwollen zugewandt

hat, ein Geschenk machen wie jeder andere Mensch; Lohnbestimmungen jedoch, die es ermöglichen, dieselbe Arbeit je nach Günst und Ungünst verschiedenartig zu entlohnen, entsprechen nicht der Gerechtigkeit. Die Pflicht der Gerechtigkeit bezieht sich jedoch nicht auf den Lohn allein, sondern auch auf die Arbeitsordnung. Es ist eine Ungerechtigkeit, im bezug auf Zeit und Maß der Anstrengung Anforderungen zu stellen, die ein normaler Mensch auf die Dauer nicht erfüllen kann, ohne seine Kräfte vorzeitig aufzuzehren. Es ist eine Ungerechtigkeit, den Arbeiter in Arbeitsbedingungen hineinzustellen, die ihm einen genügenden Schutz der Gesundheit und der Sittlichkeit gewähren. Auch eine menschenwürdige, anständige Behandlung fordert die Gerechtigkeit. Man darf sich zur Entschuldigung nicht darauf berufen, daß die Arbeitsordnung von den Arbeitern akzeptiert worden sei; sie haben ja in den meisten Fällen gar keine Wahl. Die allgemeine soziale Ungerechtigkeit, daß den Arbeitern durch die Verhältnisse Arbeitsbedingungen aufgezwungen werden, entschuldigt ganz sicher nicht die spezielle Ungerechtigkeit, die sich etwa in den übertriebenen Anforderungen dieser Arbeitsbedingungen findet.

Die Gerechtigkeit liegt aber nicht bloß den Arbeitgebern ob, sondern auch den Arbeitern. Sie müssen für den Lohn die entsprechende Arbeit liefern, so gut wie es verlangt werden kann; sie dürfen in keiner Weise den Arbeitgeber schädigen, ja auch keine Schädigung von Seiten anderer zulassen, sofern sie dieselbe hindern können.

(Schluß folgt.)

Der Kampf um die Unfallrente

Daß mancher Arbeiter, der einen Unfall erlitten, einen schweren Kampf zu führen hat, um zu seinem Recht zu gelangen, ist eine allbekannte Tatsache, besonders, wenn es sich nicht um äußere Gliederverluste, sondern nur um innere Verletzungen oder Unfallsfolgen handelt, welche nicht sofort, sondern erst später zu Tage treten.

Ein solcher komplizierter Fall hatte kürzlich, dem „Vorwärts“ zufolge, das Reichsversicherungsamt zu entscheiden. Ein Arbeiter aus Oberhausen (Rhd.) hatte am 30. November 1899 einen Unfall erlitten, indem eine schwere Holzplatte demselben auf den Kopf fiel, wodurch derselbe betäubungslos liegen blieb, konnte aber nach kurzer ärztlicher Behandlung seinem Berufe wieder nachgehen. Als Unfallsfolge war eine winkelige äußere Narbe zurückgeblieben, welche dem Arbeiter weiter keine Schmerzen verursachte. Seit dieser Zeit aber fühlte der Arbeiter Kopfschmerzen und einen Druck im Kopfe, der sich schließlich so steigerte, daß derselbe im September 1901, also bereits zwei Jahre später, die Arbeit einstellen mußte. Der Arbeiter nahm selbstverständlich an, daß es Folgen des Unfalls seien und beantragte eine Unfallrente, welche von der Berufsgenossenschaft abgelehnt wurde, ebenso vom Schiedsgericht der Rh.-Westf. Walzwerks-Berufsgenossenschaft mit der Begründung, daß die Narbe nur die Möglichkeit eines ursächlichen Zusammenhanges des Leidens mit dem Unfälle darzulegen hätte; zur Begründung des Anspruches aber ein höherer Grad (!!) Wahrscheinlichkeit gehöre. Trotzdem die Ärzte ausdrücklich bemerkt hatten, daß objektive Zeichen einer organischen Erkrankung des Zentralnervensystems, die für die angegebenen Beschwerden verantwortlich gemacht werden könnten, nicht vorhanden seien.

Bemerkenswert sind besonders die sich so widersprechenden sogenannten Gutachten.

So konnte der behandelnde Arzt gar keine Aussagen machen, weil derselbe erklärte, keine Aufzeichnungen gemacht zu haben.

Ein Professor sah stellte eine beschleunigte Herz-tätigkeit bis zu 120 Pulschlägen in der Minute fest und die Möglichkeit in Aussicht, daß die Erkrankung auf den Unfall zurückzuführen sei, meinte aber, die Erwerbsbeschränkung betrage ungefähr 10 Prozent.

Ein Bonner Professor, dessen Gutachten eingeleitet kam zu demselben Resultate.

Nur ein Arzt aus Ruhrort, W., kam zu einer anderen Ansicht. Derselbe erklärte bestimmt, daß die Erkrankung eine Folge des Unfalles sei und hielt den Patienten zur Zeit für vollständig erwerbsunfähig.

Der Verletzte erhob Rekurs beim Reichsversicherungsamt und dieses holte nochmals ein Gutachten von der Donner-Universitätsklinik ein. Privatdozent Dr. Graff kam nach längerer eingehender Beobachtung auch zu keinem sicheren Schluß. Er sprach die Vermutung aus, daß der Verletzte bei dem Schlag auf den Kopf einen Schädelbruch erlitten hat, der äußerlich nicht wahrnehmbar ist. Möglich, daß die Bruchstelle nach innen liegt und hier ständig auf das Gehirn drückt, wonach die Beschwerde des Patienten erklärlich würde. Durch Röntgen-Aufnahmen gelang die Feststellung dieser Annahme nicht, der Gutachter schlug deshalb dem Verletzten vor, er möge eine Operation vornehmen lassen, die den Nachweis obiger Annahme bringen könnte und auch dem Patienten Heilung in Aussicht stellte. Es müsse zu dem Zwecke ein Teil der Schädeldecke geöffnet werden, (1) eine Operation, die heute keine Gefahr mit sich bringe. (???) d. R.)

Der Arbeiter widersetzte sich begreiflicherweise anfangs die Operation vollziehen zu lassen, unterwarf sich derselben aber dann, als es ihm klar wurde, daß seine Ansprüche abgelehnt würden, wenn nicht die unzweifelhaftesten Beweise erbracht würden, daß die Krankheit als eine Unfallfolge zu betrachten sei.

Ueber die Operation, welche von Professor Dr. Bier vorgenommen, hat derselbe folgendes festgestellt:

Nachdem die Oeffnung der Schädelhöhle mittels eines elektrischen Trepan in der Ausdehnung von Handflächengröße an dem Ort der angeblichen Schmerzen vorgenommen, zeigte sich nach Aufklappen des Knochenlappens an der Innenseite des Knochens keinerlei Veränderungen, die für einen vorhandenen Schädelbruch sprechen könnten. Nur die harte Hirnhaut war an dieser Stelle etwas gelblicher gefärbt und vielleicht auch etwas verdickt, indes nicht in so hohem Maße, daß sich ein sicherer Schluß auf die Herkunft ziehen ließ. Die Spannung der Hirnhaut war jedenfalls eine ziemlich starke und erst nach Spaltung derselben durch einen Kreuzschnitt fing das Gehirn an wieder normal und gleichmäßig zu pulsieren. Der Knochenlappen wurde darauf zurückgeklappt und die Wunde vernäht. Der Heilverlauf war ein vollkommen ungestörter und konnte schon nach verhältnismäßig kurzer Zeit wieder das Bett verlassen. Die Operation hat uns also in der Beurteilung des Zustandes nicht die gewünschte Aufklärung gegeben, insofern als sich keine beweisenden Veränderungen ergeben haben. Trotzdem möchte ich jetzt mit größerer Wahrscheinlichkeit annehmen, daß die Verletzung doch die Ursache der Kopfschmerzen, des Schwindels und des ganzen Zustandes war. Man könnte die geringe Veränderung an der Hirnhaut an der Verletzungsstelle als Narbenschwumpfung auffassung und es wäre damit alles erklärt. Ich kann daher nur sagen, daß ich zwar den Beweis, daß der ganze Zustand die Folge der Verletzung gewesen ist, nicht erbringen kann, aber nach meiner persönlichen Anschauung dies doch wahrscheinlich ist. —

Der Gutachter schätzt dann die Erwerbsbeeinträchtigung auf 75 Prozent. Dem hat sich dann das Reichsversicherungsamt angeschlossen und dem Verletzten eine Rente in dieser Höhe zugesprochen.

Nun sollte doch wohl angenommen werden, daß, wenn ein Mann früher nie mit einem solchen Uebel befallen, eine organische Erkrankung nicht nachgewiesen werden kann, zwei Ärzte die Möglichkeit des inneren Zusammenhanges der Krankheit mit dem Unfall zugeben, ein Arzt sogar direkt den Zusammenhang bestätigt, ohne weiteres der Arbeiter eine Rente zugesprochen erhielt, trotzdem aber Abweisung seiner Ansprüche. Interessant sind auch die „Gutachten“ der Herren Ärzte, während zwei Professoren den Arbeiter nur um 10 Proz. erwerbsbeschränkt halten, erklärt der dritte Arzt ihn zurzeit für vollständig erwerbsunfähig.

Was ist nun noch von solchen Gutachten zu halten. Kann daraufhin überhaupt ein Urteil gefällt werden. Unseres Erachtens muß für den Unfallverletzten, wenn Widersprüche bei den Gutachten vorhanden, stets das dem Verletzten günstigste in Anwendung gebracht werden. An verschiedenen Schiedsgerichten wurde diese Praxis gehandhabt. Wenigstens sollten die Weisiger mit Energie darauf hinwirken, daß dieselbe überall eingeführt würde.

Das nennt man in der Tat ein Kampf um eine Rente. Wir werden in Zukunft wohl dahin kommen, daß jeder, der eine innerliche Verletzung erlitten, die äußerlich nicht genügend wahrnehmbar, sich erst die Eingeweide herausheben lassen muß. Gegen solche Zumutungen sollte die Arbeiterschaft mit aller Energie Front machen. Zweifellos lagen die Verhältnisse im obigen Falle soweit geklärt, daß dem Arbeiter, ohne ihm der Lebensgefahr einer schweren Operation auszuweichen, eine Rente zugesprochen werden konnte, und zwar nicht als Ausfluß der Humanität sondern „von Rechts wegen“.

Wir brüsten uns in Deutschland so gern, daß täglich ein Million Mark Unterstützung „rollen“, aber wie schwer sie ins Rollen zu bringen sind, ist Obiges ein sprechender Beweis.

Wie sich in manchen Köpfen die Welt ausmalt

Die „Köln. Volkszeitung“ hat in sehr anerkennenswerter Weise die Rechte der Arbeiter vertreten, auch in dem bekannten, jetzt beendigten Crimmitschauer Streitfall.

In vielen Köpfen scheint daselbe Unbehagen hervorzurufen. Ein „Spaßvogel“, anders können wir ihn nicht nennen, hatte nun in dem Kapitalistenorgan Rheinisch-Westfälische Zeitung ein „Eingefandrt“ verbrochen, um das es zu schade wäre nicht weiter verbreitet zu werden. Daselbe lautet:

Sprechsaal

Aus einer niederrheinischen Stadt erhalten wir folgende Zuschrift: Die Lage in Crimmitschau und die Kölnische Volkszeitung. In einem Artikel in Nr. 1096 tritt die Kölnische Volkszeitung vollständig auf Seite der Ausständischen. Das ist ihr gutes Recht (verstohlen ergriff sie ja übrigens schon immer deren Partei), aber kein Recht hat sie, aus ihren Vergleichen zwischen dem Benehmen der Crimmitschauer Arbeitgeber zu Ungunsten der ersteren und zu Gunsten der letzteren durchaus falsche Schlüsse zu ziehen. Das ist Arglist und verdient festgenagelt zu werden.

Die Kölnische Volkszeitung meint unter anderem: „die Arbeiter hätten ein Recht, Arbeitswillige durch Aufstellen von Streikposten von der Arbeit abzuhalten, die Briefkästen zu bewachen, die Agenten der Fabrikanten nachzujagen“.

Das ist ein gewaltiger Irrtum, verehrte katholische Zeitung! Du fragst, wo ist das verboten? — Es ist in allen Erläuterungen des fünften bezw. siebenten und zehnten Gebotes im katholischen Katechismus verboten! Es ist im Gefühle der allgemeinen Moral verboten, verstoßt also gegen das ewige menschliche Sittengesetz und ließe sich auch straf- und zivilrechtlich fassen, wenn eben nicht heute unsere menschliche Gesellschaft durch verkehrte sozialpolitische Ideen größtenteils durch das Einwirken einer gewissen Presse und des Katheder-sozialismus für eine entsprechende Auslegung der Gesetze ungeeignet geworden wäre. Zum kurzen Beweise frage ich nur: Was würde die Kölnische Volkszeitung sagen, wenn ein Fabrikant seine Arbeiter entlasse aus irgend einem Grunde und dann mit allen Mitteln zu verhüten suchte, daß dieselben anderweitig Beschäftigung fänden? (Schwarze Listen. D. R.)

Was, wenn ein Fabrikant die Briefkästen bewachte, um den Fabrikanten, bei denen sich Angestellte oder Arbeiter um neue Stellung oder Arbeit bewürben, zu schreiben: Nehmt die nicht!

Was, wenn der Fabrikant den Arbeitssuchenden nachreiste, um ihre erneute Einstellung zu hintertreiben? — Vor Entrüstung würde man keine Worte finden und der Staatsanwalt würde ohne Zweifel sofort gegen solche Fabrikanten aufmarschieren.

Das aber ist der einzig logische Vergleich, nicht was die Köln. Volksztg. einen Vergleich nannte!

Die Arbeiter haben ein gutes Recht, den zehnten, achten, sechsten, vier-, zweistündigen Arbeitstag zu fordern, sie haben ein gutes Recht, täglich 3, 4, 5, 6, 7 und mehr Mark Lohn zu beanspruchen; aber der Fabrikant hat ein eben so gutes Recht, das zu verweigern und folgt nach aufgestellten Forderungen der Arbeiter die Entlassung, dann hat der Arbeiter eben gar kein Recht mehr gegenüber den Fabrikanten, am allerwenigsten andere Leute zu hindern, zu den Bedingungen zu arbeiten, die er abgelehnt hat. Tut er das, so ist das eben schwachvoll gehandelt und rottet sich eine starke Macht zusammen, solche Arbeiter zu unterstützen, so zwingt sie eben die Arbeitgeber zu einer Gegenkollation. Das Kohlenyndikat hätte niemals solche Kraft erlangt, wenn nicht die streikenden Arbeiter vor zehn Jahren die Bechen zusammenschweißte und die Vorräte an Kohlen hätten schwinden machen. Genau so wird es in der Textilindustrie kommen, wenn die Arbeiter so weiter vorgehen, wie sie jetzt in Crimmitschau vorgehen.

Ich bin persönlich ein Gegner aller Syndikate mit alleiniger Ausnahme der Abwehr-Syndikate, und wie ich denken tausende von Arbeitgebern, deshalb ist der Angriff der Arbeiterkolonnen und ihre einseitige, gekünstelte Injunktivnahme durch die Zentrumspresse das sicherste Mittel, die ganze Industrie zu Syndikaten zusammenzuschweißen.

E , 27. Dez. L. S.

Dem unschuldig-naiven L. S. scheint es vollständig unbekannt zu sein, daß viele Unternehmer nicht nur solche Arbeiter, die freiwillig in Streik treten, mit schwarzen Listen verfolgen, sondern auch sogar diejenigen, welche von ihnen selbst in brutaler Weise aufs Pfahler geworfen werden, wird die Wiederverlangung von Arbeit nach Möglichkeit abgeschnitten und erschwert. Daß oben drein den Arbeitern gegenüber mit dem fünften bezw. siebenten und zehnten Gebote zu operieren versucht wird, ist geradezu lächerlich. Man wird ja versucht zu glauben, der Mann mittlere „Berliner“ Morgenluft, wo auch dem Arbeiter „von Gewissens wegen“ verboten werden soll, was allen anderen Ständen erlaubt ist.

Die Entdeckung, daß das Kohlenyndikat seine Macht nur den streikenden Arbeitern verleiht, verdient auch wohl preisgekrönt zu werden, da gerade die Kohlenindustrie in den letzten 12 Jahren fast gar keine Streiks zu führen nötig hatte. Daß der Einsender auch die „verkehrte Weltordnung“ bedauert, wo durch verkehrte sozialpolitische Ideen, welche durch Einwirkung einer gewissen Presse und des Kathedersozialismus für eine entsprechende Auslegung der Gesetze ungeeignet macht, wissen wir auch zu würdigen. Aber warum dem so gleich den Mut verlieren; was noch nicht ist, kann ja noch werden. Wenn alle „Gutgeinten“ treu zusammen arbeiten, kann die Zeit nicht mehr zu fern sein, wo für jeden streikenden oder Posten stehenden Arbeiter ein Scheiterhaufen errichtet wird. Das Kohlenyndikat könnte — weil Holzscherte zu teuer und auch kaum in genügender Menge aufzutreiben sein werden — das nötige Material gratis liefern. Deshalb Mut, noch ist nicht alles verloren auf dieser „verkehrten Welt“.

Sollten indes die Arbeiter vorläufig noch keine Lust verspüren, auf den „Scheiterhaufen“ zu schmoren, dann tröste man sich mit dem Fuchse, dem auch die Trauben „zu fauer“ waren.

Sozialpolitisches aus dem Reichstage

Es scheint doch, als wenn die Sozialpolitik in der Scharfmacherei nicht zum Stillstand kommen sollte; eine ganze Reihe sozialpolitischer Anträge sind von den verschiedensten Parteien gestellt worden. Als einer uns schimpflichsten ist der von Professor Hise und Gen. bezügliche der Maximalarbeitszeit für Fabrikarbeiter und Arbeiterinnen, welcher lautet:

Der Reichstag wolle beschließen, die verbündeten Regierungen zu ersuchen,

1. tunlichst bald einen Gesetzentwurf zum Zwecke der Beschränkung der regelmäßigen Arbeitszeit der Arbeiter (über 16 Jahre) in Fabriken und in den ähnlichen gleichgestellten Anlagen (Paragraph 154 der R.-G.-D.) auf höchstens 10 Stunden täglich vorzulegen.

Im Falle der Ablehnung dieses Antrages: tunlichst bald einen Gesetzentwurf zum Zwecke der Beschränkung der regelmäßigen Arbeitszeit der Arbeiterinnen (über 16 Jahre) in Fabriken und in den diesen gleichgestellten Anlagen (Paragraph 154 der R.-G.-D.) auf höchstens 10 Stunden täglich, an den Vorabenden von Sonn- und Festtagen auf höchstens 9 Stunden vorzulegen.

2. tunlichst bald einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen die regelmäßige Arbeitszeit der Arbeiterinnen, welche ein Hauswesen zu besorgen haben, in Fabriken und in den diesen gleichgestellten Anlagen (Paragraph 154 Abs. 1 der R.-G.-D.) auf höchstens neun Stunden, an den Vorabenden von Sonn- und Festtagen auf höchstens sechs Stunden festgesetzt wird.

Ein weiterer Antrag Gröber und Gen. betrifft die Ausdehnung der Schutzbestimmungen für jugendliche Arbeiter (Paragraphen 135 und 139b der Gewerbeordnung) auf die Hausindustrie auszudehnen.

Dieselbe lautet:

Der Reichstag wolle beschließen: Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, tunlichst bald die Arbeiterschutzbestimmungen der Paragraphen 135 bis 139b der Gewerbeordnung auf die Hausindustrie — insbesondere mit Ausdehnung des Begriffes der Werkstätte — durch Erlass entsprechender Verordnungen auf Grund des Paragraphen 154 Abs. 4 der Gewerbeordnung oder im Wege der Gesetzgebung auszudehnen.

Poffenullich haben diese Anregungen Erfolg, damit endlich auch in den Fabriken die schrankenlose Arbeitswirtschaft und damit die Ausbeutung der Arbeitskraft aufhört.

Gegen die Kathol. Fachabteilungen

erklärte sich am 4. Januar eine Bezirksversammlung der Präsides der katholischen Arbeitervereine in Meisse, Schleien. In einer Resolution heißt es u. a.:

„Die Präsides-Konferenz vom 4. Januar 1904 gibt die Erklärung ab: 1. Wir stehen in Uebereinstimmung mit den Verbänden der kath. Arbeitervereine Süd- und Westdeutschlands auf dem Boden der christlichen Gewerkschaftsbewegung. 2. Wir erheben dagegen Widerspruch, daß durch die Zeitung des Verbandes der katholischen Arbeitervereine (Sig. Berlin) und unser Verbandsorgan (der Berliner Arbeiter. D. R.) fortwährend unter schweren Angriffen auf die gegenseitige Ansicht der Unvereinbarkeit erweckt wird, als ob katholische Gewerkschaften (Fachabteilungen) eine obligatorische Verbandsfrage sei und verlangen, daß in bezug auf die gewerkschaftliche Organisation entsprechend dem Beschluß des Delegiertentages unseres Verbandes vom Jahre 1902 den einzelnen Vereinen volle Freiheit gelassen wird.“

Es ist ja erfreulich zu sehen, daß selbst im Osten die Schwarmgeister einiger Berliner Herren Widerstand

findet. Noch unlängst hat sich der hochwürdige Herr Bischof von Straßburg zur Förderung der christlichen Gewerkschaften ausgesprochen. Ein Beweis, daß die Berliner Herren gar kein Recht haben, sich als die echten und alleinigen Vertreter der katholischen Sache auszuspielen, wie es vielfach geschieht, wodurch die christlichen Gewerkschaften in den Augen kirchlicher Kreise heruntergesetzt werden, und die christliche Arbeiterbewegung dadurch zum Stäubium des Kapitals und der Sozialdemokratie geschädigt wird.

Zu obiger Sache nimmt auch die „Reisser Zeitung“ in Schlesien Stellung, welche beweist, daß die Opposition gegen die Berliner Phantasereien erfreulicherweise auch in Ost-Deutschland Fortschritte macht. Dieselbe schreibt:

Die Zustände im „Berliner“ Verbands „der katholischen Arbeitervereine sind nahezu unerträglich geworden. Es ist jetzt schon so weit, daß einer ganzen Gruppe von Präsidien, hinter denen ein Bezirksverband von ungefähr 1500 katholischen Arbeitern steht, in dem eigenen Verbandsorgan das Recht versagt wird, ihre Meinung auszusprechen. Hat doch der Berliner Arbeiter es nicht gewagt, die neulich in der Reisser Btg. veröffentlichte Resolution des Reisser Bezirksverbandes abzdrukken, in der die Präsidien des genannten Bezirks zugunsten der christlichen Gewerkschaften Stellung nahmen. Sie wußten auch warum: sie wollten nicht, daß die armen christlich organisierten katholischen Arbeiter Berlins, die sich jetzt dort in den katholischen Arbeitervereinen als „halbe“ Arbeiter fühlen müssen und am liebsten ausscheiden möchten, erfahren, daß es sogar im eigenen Verbands noch zahlreiche katholische Geistliche gibt, die den gleichen „heerlichen“ Standpunkt einnehmen. Das wäre noch nicht das schlimmste. Daß aber das so verbreitete Verbandsorgan, welches die schneidigste Waffe im Kampfe gegen die Sozialdemokratie sein müßte — selbst der Vorwärts hat kaum so viel Abonnenten — so ganz in diesem Kampfe versagt, weil es ja seit drei Jahren fast beständig mit unverständlichen, akademischen Erörterungen über das „Berliner System“ angefüllt wird, dürfte wohl schließlich zum energischen Handeln führen müssen. Am besten wird es wohl sein, wenn der nächste Delegiertentag einfach die Redaktion des Organes aus den Händen des Verbandsvorstandes nimmt, denn die Herren sehen beim besten Willen nichts anders mehr, als „katholische“ Gewerkschaften; es dürfte also unnütz sein, ihnen erst noch andere Direktiven zu geben. Unterdessen — das sei den Berliner Herren vertraulich mitgeteilt — ist die sozialistische Gewerkschaftskommission für Oberschlesien eifrig an der Arbeit und hat keine größere Freude, als daß die katholischen Organisationskräfte die sie am meisten fürchten, durch die „heerlichen“ Berliner Ideen für die christliche und nationale Arbeiterbewegung in Oberschlesien lahmgelegt sind. Niemand will ja mehr etwas angreifen.

Dieser scharfen Absage brauchen wir kein Wort hinzuzufügen.

Ebenso, „vertraulich“, darf noch mitgeteilt werden, auch in der Trier'schen Gde sind die Sozialdemokraten nicht minder eifrig an der Arbeit. Aber auch da erkennt man in den christl. Gewerkschaften den schlimmsten Gegner, und mancher „Ueberfrömmeler“ glaubt in der Bekämpfung der letzteren sich einen besonderen Gotteslohn zu erwerben. Nun, das Ende trägt die Last.

Frankfurt a. M.

Frankfurt a. M., 22. Jan. Über einen Schurkenstreich sondergleichen gegen einen christl. Kollegen weist das Frankfurter Volksblatt vom Donnerstag, den 21. Januar, zu berichten. Dasselbe schreibt:

Ein krasser Fall von Brutalität zeitigte wieder einmal die Unbuddsamkeit einiger Genossen in der hiesigen Metallwarenfabrik Knabenschuh in der Allerheiligenstraße. Man sollte es kaum für möglich halten, was diese Menschen Andersgünstigen zu bieten wagen. Trat da vor zirka 14 Tagen der dem christl.-soz. Metallarbeiterverband angehörende H. W. in genannter Fabrik in Arbeit Gleich bei Eintritt frag der Vertrauensmann des sozialdemokratischen Verbandes, ob er organisiert sei. W. erklärte, daß er dem christlichen Verband angehöre, worauf ihm der Vertrauensmann zu verstehen gab, daß, wenn er drei Tage neben ihm arbeite, er ihm die Ueberzeugung von der sozialdemokratischen Gewerkschaft beibringen würde. Allein es vergingen bereits 14 Tage, ohne daß er, noch seine ihm treu zur Seite stehenden Helfershelfer dieses vermocht hätten. Als die Genossen das fruchtlose ihrer Agitation einsehen, wurden sie gnob und drohten. Allein auch dieses half ihnen nichts. Der Kollege arbeitete ruhig weiter, und gab ihnen keinen Anlaß zur Rauferei, welche sie unter allen Umständen provozieren wollten, um ihn auf diese Weise aus der Fabrik hinauszudrängen. Am Montag Morgen bei der Arbeit fing die Hänselei und Schimpferei wieder an. Ein Genosse, Kaspari, rief ihm zu: „Du Schwarzer, Du Fiesbruder, Du Betrüder, Du hast wohl gestern wieder Vaterunser gesammelt? Bist wohl gestern wieder in der Kirche gewesen?“ usw. Des weiteren erklärte er: ich bin rot und Du bist schwarz, und das verträgt sich nicht zusammen. Allein es half alles nichts; und nun

versuchten die wackeren Streiter für Freiheit ein anderes Mittel. Als der Kollege auf einen Augenblick seine Arbeitsstelle verlassen hatte, beschädigten sie seine Arbeit, die längere Zeit in Anspruch genommen hatte. Sie ruinierten das Stück Arbeit darrt, daß äußerlich nicht zu merken war, dadurch daß sie eine fertige Form aushöhlten. Bei einigem Hintertreiben mit derselben mußte die Arbeit in sich zusammenfallen, und konnte, wenn dieses geschah, der Betreffende die Insamie noch nicht einmal erkennen. Der Zweck, der damit verfolgt werden sollte, ist klar: kam das mehrere Mal vor, ohne daß jemand etwas gemerkt hätte, würde der christliche Kollege als ein schlechter Arbeiter angesehen und entweder im Hofe zurückgesetzt oder entlassen worden sein. Sie brachten ihn dann auf eine bequeme Weise hinaus. Nur einem glücklichen Zufall war es zu verdanken, daß der Kollege den Schurkenstreich frühzeitig wahrnahm. Er meldete es sofort dem Werkmeister, welcher die Genossen denn auch scharf tadelte. Aber dieses schlug dem Faß den Boden aus. Kaum hatte der Werkmeister den Raum verlassen, da ging es los. Genosse K. erklärte dem W. „Wir hundert es nicht darauf an, wenn ich auch ein paar Jahre ins Zuchthaus komme, aber Dich schlage ich dann, daß Du ebensolange ins Krankenhaus kommst. Wenn ich Dich schlage, läuft Dir der rote Saft davon. Wenn ich auch Frau und Kinder habe.“ Die übrigen Genossen unterstützten ihn mit höhnischem Lachen. Als der christliche Kollege am Dienstag Morgen wieder zur Arbeit kam, ging die Schimpferei und Hänselei wieder los. K. gebrauchte Ausdrücke, die man einfach gar nicht wieder geben kann. Er wollte mit allen Mitteln einen Streit heraufbeschwören. Der christliche Kollege zog es dann vor, die Arbeit zu verlassen. Nebenbei gesagt, ist derselbe erst vergangenen Herbst vom Militär abgegangen, jedoch er wohl den Verdienst notwendig gebrauchen könnte. Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, so sehen sie in der Wirklichkeit aus: „Willst Du nicht mein Bruder sein, so schlag ich Dir den Schädel ein.“ Charakteristisch ist, daß dieser K. selbst nicht einmal einer Organisation angehört, er gibt es wenigstens vor. Aber das rote Band umschlingt sie; sie fühlen sich eins im Haß gegen Andersdenkende. Den unorganisierten Genossen läßt man laufen, er ist ja rot, aber der, welcher einer Organisation bereits angehört, die bestrebt ist die Verhältnisse der Arbeiter zu bessern, den bekämpft man mit allen schurkischen Mitteln, weil diese Organisation eben nicht sozialdemokratisch ist. Damit ist auch wieder bewiesen, daß nicht die Zugehörigkeit zu einer anderen Organisation den Grund zur Terrorisierung abgibt, sondern einzig und allein die Nichtzugehörigkeit zu der vorher gekennzeichneten Partei der „Freiheit.“ Ist ein solches Verhalten nicht ein blutiger Hohn auf die Schlagworte Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, welche jene Fanatiker stets im Munde führen? Können sie aber anders sein? Beileibe nicht, denn die Grundsätze die ihnen tagaus, tagein gepredigt werden, führen mit unabwiesbarer Konsequenz zur Verrohung. Eine neue Religion, den Sozialismus predigen sie. Bewahre uns Gott davor, denn wie die Jünger dieser Religion in der Wirklichkeit aussehen, davon erzählt das obige Beispiel. Die Sache wird noch ein gerichtsliches Nachspiel haben. — Uebrigens ist es dem Kollegen W. bisher noch nicht gelungen, eine neue Arbeitsstelle zu finden. Die Genossen verfolgen ihn auf Weg und Steg und drohen ihm, daß dem W. nichts weiter übrig bleibt, als Frankfurt zu verlassen. Dieses Gebahren ist ein so frivoles, daß eine ganze zemplarische Strafe dafür erfolgen muß. Das ist Bedrohung und Nötigung. Wer aber trägt die Schuld daran, wenn ein dergestalt Verführter auf Monate ins Gefängnis wandert. Wer sorgt während dieser Zeit für seine Frau und Kinder?

Soweit das Frankfurter Volksblatt.

Wir können unsern Kollegen nur arraten, hier ihr Recht mit allen Mitteln zu vertreten und event. gerichtliche Hilfe in Anspruch nehmen. Alles hat eine Grenze.

Obiges Beispiel zeigt aber auch, daß die christlichen Kollegen in der Werkstätte fester und energischer zusammenhalten müssen, dann werden sie solchen Schurken das Handwerk zu legen in der Lage sein. Christliche Metallarbeiter, hinein in den christlichen Metallarbeiterverband.

Was sagt denn die „Deutsche Metallarbeiter-Zeitung“ zu solchem Schurkenstreiche ihrer Anhänger??

Würjelen.

Würjelen. In Nr. 3 der „Deutschen Metallarbeiterzeitung“ beschäftigt sich ein Artikel mit der in unserm Organ gebrachten Notiz über die am 13. Dezember stattgehabten Versammlung in Würjelen. Schon beim Lesen des ersten Satzes merkt man die Wut, mit welcher der Artikelschreiber befaßt war. Und in solcher Gemütsverfassung scheinen die Genossen ihr Verbandsorgan als ein Schutzablabestelle zu betrachten. Wimmelt doch in diesem Artikel von Ausdrücken wie Lüge, Verleumdung, Denunzieren, sogar die Aussperrung der Bauhandwerker in Köln wird herangezogen am den Christlichen vorzuwerfen, daß sie Handlangerdienste für das Unternehmertum verrichteten, obgleich der Artikelschreiber wissen muß, daß die christlichen Bauhandwerker in Köln nur dem Terrorismus der im sozialdemokratischen Verbands organisierten Bauhandwerker entgegengetreten waren.

Möge der Artikelschreiber uns zu allererst sagen, wo er Würjelen Kollege unseres Verbandes mittelst der Wiener liberalen Zeitung versucht hat, jemanden zu denunzieren oder aus der Arbeit zu bringen, so lange er dies nicht kann, erklären wir ihn für unehelich und charakterlos. Die Vermutung des Artikelschreibers, der Einsender des Artikels in unserem Organ wäre auch in der Versammlung in der Kaiserstraße zugegen gewesen, ist nicht richtig. Trotzdem war der Schreiber auch über die Vorgänge in der dortigen Versammlung genau informiert. In der Erwartung, daß wir es in der Versammlung in der Kaiserstraße mit ehrlichen Gegnern zu tun hätten, wurde unbeschränkte Redezeit gewährt und es wurden die Diskussionsredner gebernen, sich an die Ausführungen des Referenten zu halten. Jedoch, ohne das Kollege Winter in seinem Referat die anderen Organisations im geringsten angegriffen hatte, zogen die Diskussionsredner alles mögliche heran. Statt sich an die Ausführungen des Referenten zu halten, wurde der schon zum 10. und 11. Male aufgewärmte alte Schmal wieder aufgetragen. Wie z. B.: „Die christlichen Gewerkschaften werden von Geistlichen geleitet,“ sind Streikbrecherorganisationen, sind Zentrumsgründungen. Die letzte Reichstagswahl und die parlamentarische Tätigkeit der Zentrumsparthei wurde in gemeinsamer Weise in die Debatte gezogen. Nachdem Herr Stupp in dieser Weise eine endlose Zeit geredet hatte, wurde er vom Kollegen Winter gebeten, doch möglichst zur Sache zu reden, da er ihn auf alle die Angriffe auch noch antworten wollte. Jedoch Genosse Stupp lehnte sich nicht daran und hing an, daß schon verschiedentlich herorgebracht immer wiederzulassen bis der Vorsitzende sich genötigt sah, dem Genossen Stupp das Wort zu entziehen. Darob entstand dann ein Tumult, inszeniert von den Roten und Hirsch-Dunderschen, wodurch der überrwachende Polizeibeamte sich veranlaßt sah, den Vorsitzenden aufzufordern, die Versammlung zu schließen, sonst müsse er sie auflösen, und halten wir die Behauptung aufrecht, daß gerade durch das stegehafte Benehmen der Roten und Hirsch-Dunderschen diese Versammlung vorzeitig zum Schluß kam. Um nun dasselbe Spiel in Würjelen nicht wiederholen zu lassen wurde in der Versammlung in Würjelen die Redezeit der Diskussionsredner auf zehn Minuten festgesetzt. Daß dem Genossen Stupp vom Bureautische eine halbstündige Redezeit zugesprochen worden sei, ist nicht wahr, denn der Vorsitzende machte sofort nach dem Referat des Kollegen Winter bekannt, daß die Redezeit auf zehn Minuten festgesetzt sei. Der Vorsitzende machte dem Kollegen Winter aufmerksam, daß er noch eine halbe Stunde Zeit habe, bis zur Abfahrt des Zuges, was wohl einer der am Bureautische sitzender Kollege so aufgefaßt hat, als sollte den Diskussionsrednern eine halbe Stunde Redezeit gewährt werden. Herr Stupp schien dies ein willkommener Anlaß zu sein, sich an einer Entgegnung auf die sehr trefflichen Ausführungen unseres Kollegen Winter vorbeizudrücken. Im übrigen möchten wir dem Artikelschreiber empfehlen, nicht so wohlfeil mit Ausdrücken wie Feigheit, Furcht, Verleumdung, gewissenloses Treiben usw. um sich zu werfen, denn trotzdem uns solche Schimpfereien von dieser Seite sehr wenig genieren, könnte dies uns doch anspornen, dem „gewissenlosen Treiben“ solcher Allertweltsverbesserer im Interesse aller Arbeiter mehr Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Der Streit in Crimmitschau

ist beendet, die Streikleitung hat den Arbeitern bedingungslos Aufnahme der Arbeit empfohlen. Die Arbeiter, welche hier mit zäher Ausdauer 21 Wochen lang um den 10stündigen Arbeitstag gekämpft, haben denselben nicht erreicht. Aber umsonst war auch dieser Kampf nicht, er hat gezeigt, daß die Arbeiterorganisationen noch längst nicht die Stärke haben, die sie haben müssen, andererseits aber auch, daß der Widerstand des Kapitals mehr auf gesetzlichem Wege niedergezwungen werden muß. Hoffentlich werden die im Reichstag gestellten Anträge auf Einführung des 10stündigen Arbeitstages zur Annahme gelangen.

Ein Teil der Arbeiter, es wird von 2000 berichtet, nach anderer Quelle nur 10 Prozent, wird vorläufig keine Beschäftigung finden können.

Am Streikbrechern sollen am Schluß des Streiks 2700 vorhanden gewesen sein, davon 1500 umgefallene Ausgesperrte. Diese Zahl muß immerhin schon bedauernd genannt werden. Hoffentlich ziehen die Arbeiter überall die richtige Lehre daraus.

Die Kapitalistenpresse jubelt und glaubt in ihrer Naivität, der Sozialdemokratie damit einen Schlag versetzt zu haben, gerade das Gegenteil ist wahr. Der Crimmitschauer Streik wird ihr 100000 Anhänger zuführen, unter dem Hinweis, daß das Unternehmertum jede berechtigste Forderung (und das war der 10stündentag) propäz ablehnte, auch nicht das geringste Entgegenkommen den Arbeitern gezeigt hat. Solange Behörde und Unternehmertum sich so den Arbeitern gegenüberstellen, wie in Crimmitschau, blüht der sozialdemokratische Weizen.

Aus den Vereinen.

Berlin. Da wir Berliner das Verbandsorgan im vergangenen Jahre nur einigemal als Versammlungs-Ort in Anspruch genommen haben, so sei an dieser Stelle nun ein kurzer Rückblick auf das vergangene Jahr gestattet, damit unsere Kollegen im Reiche sehen, daß wir weder der Uebermacht des „freien“ Verbandes erliegen, noch die Gründung von kath. Fachsektionen unsere Entwicklung gehemmt hat. Der Zerplitterungsversuch dieser Arbeiterfreunde hat uns zu um so eifrigerer Agitation veranlaßt, und nicht ohne Erfolg. Wir hatten 20 Aufnahmen zu verzeichnen, denen 44 Streichungen mit verschiedenen Gründen (Berufswechsel, Wanderschaft, Militärdienst, Nichtbezahlen der Beiträge) gegenüberstehen. In den ordentlichen Monatsversammlungen fand entweder ein Vortrag statt oder es wurden aktuelle Fragen aus der Arbeiterbewegung des In- und Auslandes besprochen.

In einer außerordentlichen Versammlung am 30. September befaßten wir uns mit der Aussperrung in der hiesigen Metallindustrie und wurde die Zahlung eines wöchentlichen Extrabeitrages für die Dauer der Aussperrung beschlossen. Daß hier, wo fast jeden Tag Differenzen der Arbeiter mit den Arbeitgebern mit sich bringt, auch unsere Mitglieder des öfteren in Streit gezogen wurden, ist selbstverständlich. So waren wir beteiligt bei dem Bauklemmerstreik, dem Streik bei der Firma Mehlisch, sowie bei dem Streik der Gürtler und Drucker mit daran folgender Aussperrung. Der Ausgang besonders des letzten Kampfes war vorauszu sehen. Er bewies, daß die Führer in den sozialdemokratischen Verbänden nicht die klugen Leute sind, als die sie sich gern aufspielen, sonst wäre die Niederlage nicht eine so schwere geworden. Den Schaden tragen die unterlegenen Arbeiter, die „Partei“ gewinnt aber durch solche Taktik, und das scheint manchem dieser Führer Erfolg genug zu sein.

Entsprechend der allgemeinen Lage des Arbeitsmarktes war auch hier die Arbeitslosigkeit geringer als im Jahre vorher. Immerhin wurde unsere lokale Arbeitslosen-Unterstützung noch beträchtlich in Anspruch genommen. Um unseren arbeitslosen Kollegen so schnell wie möglich wieder Arbeit zu schaffen, wurden die Mitglieder verpflichtet, jede offene Arbeitsstelle dem Vorsitzenden zu melden. Dadurch war es möglich, 12 Kollegen, Arbeit nachzusetzen. Nach Beilegung des Streikes mit dem Gesamtverbande beauftragten auch wir wieder den Ausschluß an das Ortskartell, was von den Vertretern der anderen Gewerkschaften freudig begrüßt wurde. (Wir waren freiwillig ausgeschieden, nicht ausgeschlossen worden.) Die erste gemeinschaftliche Aktion war eine glänzende besuchte Versammlung meist katholischer Arbeiter, in welcher die Haltung der hiesigen kath. Arbeitervereins-Delegierten auf dem Frankfurter Kongress beurteilt wurde, ebenso erklärte sich die Versammlung gegen die Gründung katholischer Gewerkschaften. So sind wir bemüht gewesen, die Aufgaben der Organisation, so weit es ging, in die Tat umzusetzen. Für den Erfolg, den wir im vergangenen Jahre zu verzeichnen haben, ein bescheidener, so unumterrt er doch zu neuer energischer Tätigkeit. Vorstand, Vertrauensmänner und Mitglieder müssen auch im neuen Jahre unverdrossen ihre Pflicht tun und es wird ein leichtes sein, die Mitgliederzahl zu verdoppeln. Darum, Vollbampf voraus! Auch wir Berliner Metallarbeiter wollen uns unseren Platz an der Sonne erobern.

In Nachstehendem geben wir einen Bericht über die Kassenverhältnisse:

Einnahmen der Hauptkasse: 90 Aufnahmen a 50 Pfg. 45 Mk., 2936 Wochenbeiträge a 20 Pfg. 587,20 Mk., 2496 Wochenbeiträge a 30 Pfg. 748,80 Mk., 437 Delegiertenmarken a 10 Pfg. 43,70 Mk., 304 Reservefondsmarken a 10 Pfg. 30,40 Mk., durch Sammellisten 62,40 Mk. Summa 1517,50 Mk.

Ausgabe der Hauptkasse: 15 Proz. der Wochenbeiträge an die Lokalkasse 200,40 Mk., Streikunterstützung 516,60 Mk. Summa 717,00 Mk. An die Hauptkasse gesandt 800,50 Mk.

Einnahme der Lokalkasse: Bestand am 1. Jan. 1903 606,17 Mk., 2936 Beiträge a 10 Pfg. 293,60 Mk., 1445 Lokalfondsmarken 144,50 Mk., 15 Proz. der Beiträge von der Zentrale 200,40 Mk., sonstige Einnahmen 58,47 Mk. Summa 1303,14 Mk.

Ausgabe der Lokalkasse: Streikunterstützung 149,33 Mk., Arbeitslosen-Unterstützung 229,35 Mk., sonstige Unter-Unterstützung 35,80 Mk., Inzerate und Druckkosten 44,80 Mk., Porto und Schreibmaterial 121,72 Mk., Agitation, Bibliothek 31,00 Mk., Fahr- und Mandatgeld 40,00 Mk., Bestand am 1. Jan. 1904 651,09 Mk.

In der Generalversammlung, die am 17. d. M. stattfand, wurde nach längerer Diskussion der Antrag des Vorstandes angenommen, von jetzt einen Extrabeitrag von wöchentlich 20 Pfg. zu bezahlen. Der Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. An Stelle des Kollegen Sack, der nach Überschneidung verzogen ist, wurde als 1. Schriftführer Kollege Göttert jun. gewählt. Mit einem Hoch auf den christl.-soz. Metallarbeiter-Verband wurde die zahlreich besuchte Versammlung geschlossen.

Anmerkung der Redaktion. Ein Fravo den wackeren Berliner Kollegen für ihre Opferfreudigkeit; möge sie andernwärts ein Ansporn zur Nachahmung sein. An so vielen Stellen wird großer Lärm geschlagen, wenn auch nur 5 Pfg. pro Woche an Lokalzuschlag mehr bezahlt werden soll. Bei jeder Kleinigkeit liegt man dann der Zentrale zur Last, die dann aus allen Räten helfen soll, selbst dort, wo sie statutarisch garnicht eingreifen darf. Möge man also allertwärts sich dazu aufschwingen, zur Leistung eines kleinen Lokalzuschlags von mindestens 5 oder 10 Pfg., es wird den Kollegen selbst wieder zugute kommen.

Einen Ortsfonds von einigen hundert Mark sollte sich jede Ortsgruppe ansammeln, wie dieses in fast allen Verbänden geschieht. Dann kann z. B. bei Streik, wo in den ersten 8 Tagen laut Statut keine Unterstützung von der Zentrale geleistet werden soll, eine kleine Unterstützung gewährt, oder bei längerer Dauer eines Streiks eine geringe Zulage aus örtlichen Mitteln bewilligt werden. Auch die Duisburger Kollegen haben sich zu 10 Pfg. wöchentlichen Extrabeiträgen aufgeschwungen. Wer folgt nach? 20 Pfg. wie es unsere Berliner leisten, wollen wir vorläufig von den „rückständigen Provinzler“ garnicht verlangen. Aber etwas mehr muß geschehen, um eine gesunde Unterlage zu erhalten, im Interesse der Kollegen selbst. Nicht auf einmal, sondern langsam, allmählich müssen die Kollegen daran gewöhnt werden, welches dem einzelnen auch garnicht schwer fallen kann. Die Vorstände vor allem haben die Pflicht, mit aller Energie auf dieses Ziel hinzuarbeiten.

Jahresbericht der Ortsgruppe Kalk, erstattet in der gut besuchten General-Versammlung am 24. Januar 1904 vom Vorsitzenden Joh. Bergmann. Die Tätigkeit der Ortsgruppe sei im verfloffenen Jahre eine ziemlich rege, im allgemeinen zufriedenstellende gewesen. Es hätten 23 Mitglieder-Versammlungen, drei öffentliche und außerdem noch 13 Werkstatt-Versammlungen, an denen die Ortsgruppe direkt beteiligt war, stattgefunden. Vor jeder Vereinsversammlung fand eine Vorstandssitzung, in jedem Quartal wenigstens zwei gemeinsame Vertrauensmänner- und Werkstattführer-Sitzungen statt. Das Vertrauensmänner-System sei stetig verbessert und weiter ausgebaut worden, müsse aber für die Zukunft noch immer mehr vervollkommen werden. Es müßten noch immer mehr Kollegen zur praktischen gewerkschaftlichen Tätigkeit herangebildet werden. Aus dem für das 4. Quartal 1903 vom Kassierer, Kollegen Thomas, erstatteten Kassenbericht sei zu entnehmen: Gesamteinnahme 762,20 Mk., an die Zentrale abgeandt 657,40 Mk., an die Agitationsbezirk 33,80 Mk., Bestand der Lokalkasse 182,24 Mk. Die Opferwilligkeit der Mitglieder sei zu loben, wenn auch bei vielen noch gerade in diesem Punkte mehr erwartet werden dürfte. An freiwilligen Sammlungen seien 292,60 Mark aufgebracht worden, die in der Jahresabrechnung von 1903 nicht eingegriffen seien. Durch die am 1. Juli 1902 erfolgte Beitragserhöhung von 20 auf 30 Pfg. seien keine Mitglieder verloren gegangen, was der Ortsgruppe zur Ehre gereiche. Die Endzahlen der Jahresabrechnung für das verfloffene Jahr 1903 stellten sich folgendermaßen: Gesamteinnahme 2682,80 Mk., an die Zentralkasse abgeandt 2302,02 Mk., Bestand der Lokalkasse am Schlusse des Jahres 182,24 Mk., gegen 26,91 Mark am Schlusse des vorhergehenden Jahres. Davon seien 250 Mark verzinslich angelegt. Der Mitgliederbestand sei großen Schwankungen unterworfen gewesen, so seien aufgenommen worden im 1. Quartal 1903 — 147, im zweiten Quartal 46, im dritten 19 und im letzten Quartal 27, im ganzen also 239 Mitglieder dagegen seien aber auch 155 abgegangen, sodaß eine Zunahme von 84 Mitgliedern zu verzeichnen sei. Für die hiesigen Verhältnisse sei dies entsprechend zu wenig, in Zukunft müsse die Agitation noch viel energischer betrieben werden. Jedes Mitglied muß sich am Jahreschluß die Frage vorlegen und nach Recht und Gewissen beantworten, was es für den Verband geleistet, wieviel Mitglieder es demselben zugeführt habe und aus dieser Antwort für das kommende Jahr die richtige Lehre ziehen. Eine Anzahl friedlich verlaufener Bewegungen hier am Orte waren zu verzeichnen. Im Februar wurde den Arbeitern der Firma Humboldt eine 10prozentige Lohnreduzierung angeklagt, auf den energischen Widerspruch der in unserem Verband organisierten Arbeiter aber zurückgenommen worden. Ferner sei unser Verband beteiligt gewesen bei Lohnbewegungen im Februar bei der Firma Manstätt, im April und Mai bei van der Hopen a. Charlier, im September bei Stühlen, im Oktober bei Humboldt und im Dezember bei Breuer und Schumacher. Bei all diesen Bewegungen habe sich die bekannte, höchst verwerfliche Erscheinung gezeigt, daß bei Bewegungen die Arbeiter scharenweise in die Verbände hereinströmen, nachher aber wieder treu-los verlassen. Die eingetragte Zahlstelle der D. I. r. Zentralkassengeld-Zuschußkasse zählte jetzt 22 Mitglieder. Es seien vereinnahmt worden 423,15 Mk., an Krankengeld am Orte ausbezahlt 293,40 Mk., an die Hauptkasse in Düsseldorf abgeandt 127 Mark. Eine der schönsten Eigenschaften des abgelaufenen Jahres sei die Anschaffung einer jetzt schon ziemlich umfangreichen Bibliothek. Es seien vorhanden 66 Bücher, resp. Broschüren

im Gesamtwerte von 64,50 Mark im ganzen seien entliehen worden 240 Bücher in 748 Lesewochen. Neben empfiehlt dringend eine noch regere Benutzung der schönen Bibliothek für die Zukunft. Nühmend hervorzuheben sei das Zusammengehörigkeitsgefühl, das sich in der Ortsgruppe herangebildet und im letzten Jahr besonders schön und deutlich hervorgetreten sei. Auch in Zukunft müsse dieses so bleiben und noch stets besser abetätigt werden. Persönlich: Zwistigkeiten seien gar keine, auch im Vorstande nicht, vorkommen, jeder Kollege müsse es sich zur Pflicht anrechnen, solche auch in Zukunft aus der Verbandstätigkeit fernzuhalten. — Dem Anschluß nahe seien die Vorarbeiten zur Bildung einer sozialpolitischen Kommission, der alle hiesigen christlichen Vereine beitreten würden und die sich mit allen Fragen der Arbeiter- und Sozialpolitik befassen würde. Unsere Ortsgruppe habe in dieser wichtigen Frage die Anregung und Führung in Händen gehabt. Hoffentlich werde diese Gelegenheit zum Besten der christl. Arbeiterbewegung am Ort auslaufen. — Der Vorstand habe nach Ansicht des Referenten im verfloffenen Jahr seine Pflicht und Schuldigkeit getan und schloß Redner dann seinen mit großem Beifall aufgenommenen Jahresbericht mit der Aufforderung an die Kollegen, im kommenden Jahre alle Kraft, Fähigkeiten und Kenntnisse in den Dienst unseres Verbandes zu stellen und den heute zu wählenden neuen Vorstand tatkräftig zu unterstützen. Aus der Vorstandswahl gingen hervor: Kollege J. Bergmann als erster, P. Dedenbach als zweiter Vorsitzender; Kolle. G. Thomas als erster, A. Bach als 2. Kassierer; A. Dasbach erster, J. Schmidt zweiter Schriftführer, J. Reper und R. Wermelstinden als Beisitzer; J. Groß als Bibliothekar und J. Rehnbach als Vorsitzender der Krankenkasse wurde ebenfalls dem Vorstande zugeteilt. Möge die Ortsgruppe Kalk sich im kommenden Jahre weiter entwickeln und dies wird geschehen, wenn alle Kollegen ihre Pflicht und Schuldigkeit tun. Allen eifrigen Kollegen für ihre rege Mitarbeit besten Dank.

Wurfeln bei Aachen. Am 10. Januar tagte unsere Generalversammlung, welche leider nur mäßig besucht war. Um nun auch die immer nicht anwesenden Kollegen in etwa von dem Stande unserer Ortsgruppe zu unterrichten, greifen wir zu diesem Mittel und wären wir auch schon recht zufrieden, wenn wir alle durch diese Stelle von dem Stande der Dinge unterrichtet wären. Unser 2. Vorsitzender, Kollege Köhe, leitete die Versammlung und gab derselbe zunächst einen kurzen Jahresbericht, dem wir entnehmen, daß der Mitgliederstand Ende 1902 74 betragen, Ende 1903 dagegen 254. Zwei Mitglieder habe der Tod dahingerafft, deren Andenken wie üblich geehrt wird. 9 Monatsversammlungen, 1 Bezirksversammlung und 1 öffentliche Versammlung haben stattgefunden. Ferner war unsere Ortsgruppe an drei Streiks und Lohnbewegungen beteiligt.

Hierauf erstattete Kollege Schwarz den Kassenbericht, woraus wir entnehmen, daß im abgelaufenen Jahre 2726,65 Mk. vereinnahmt wurden, wovon 2349,71 Mk. an die Hauptkasse abgeführt und 376,94 Mk. in die Lokalkasse flossen. Bücher und Belege wurden seitens der Revisoren als in Ordnung befunden erklärt und darauf dem Kassierer Entlastung erteilt.

In den Vorstand wurden gewählt: Jos. Kliff, 1. Vorsitzender, Jos. Linden, 2. Vorsitzender, Wilh. Schwarz, Kassierer, Franz Schümmer, 1. Schriftführer, Konrad Römer, Sub. Kass. und Franz Eschweiler, Beisitzer.

Eine Sammlung für einen kranken Kollegen ergab 13,50 Mark, auch etwas, woran sich die immer durch Abwesenheit glänzenden Kollegen vorbeidrücken. Damit war der geschäftliche Teil erledigt und ergriff Herr Heinrich Schaftrath-Aachen das Wort zu einem Referate über Organisation im allgemeinen. Derselbe erledigte sich seines Auftrages in gewohnter unusterblicher Weise, seine Zuhörer fesselnd und anregend. Eine kleine Diskussion schloß sich an und nach einem Schlusswort des Referenten schloß der Vorsitzende um 9 Uhr die Versammlung mit dem üblichen Grube.

Anmerkung der Redaktion. Die gute Entwicklung der Würfeler Ortsgruppe ist ein Beweis für die Wichtigkeit der Gewerkschaftskonsumidee. Würde dort der Konsum freigegeben für alle Personen, dann wäre jedenfalls die dortige Ortsgruppe nicht im entferntesten auf diese Höhe gekommen, als sie sich heute befindet. Die Erfahrung bestätigt diese Regel Tag für Tag. An vielen Stellen gehen die Arbeiter aus der Gewerkschaft heraus, aber in Konsum und Krankenkassen suchen sie zu bleiben. Die Konsumvereine können nur dort freigegeben werden, wo starke Gewerkschaftsorganisationen bestehen, und eine gewerkschaftlich geschulte Arbeiterchaft sich vorfindet. Im anderen Falle sind sie der Ruin der Gewerkschaft. Ein markantes Beispiel bietet Hemer; dort hatte der Siegerländer Verband eine Ortsgruppe von 170 Mitgliedern; die Leute gründeten einen Konsumverein ohne Gewerkschaft. Die Ortsgruppe ist vollständig zu Grunde gerichtet. Dieses besonders Kollegen Sch. bezüglich seiner Anschauungen über Konsumwesen, welche derselbe in Nr. 2 zum Ausdruck brachte, zur Beherzigung.)

Hierzu eine Beilage.

Beilage zu Nr. 3 „Der deutsche Metallarbeiter“.

Silbesheim. Am Sonntag den 17. Januar hielt unsere Ortsgruppe die diesjährige Generalversammlung mit Vorstandswahl ab. Der alte Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt, bis auf den Schriftführer, Kollege Brandes, welcher sein Amt freiwillig niederlegte. Für denselben wurde Kollege Jürgens gewählt.

Der Vorstand besteht aus den Kollegen: Theob. Gusmann 1., Heinrich Titward, 2. Vorsitzender, Jos. Leupke, Kassierer, Jos. Jürgens, Schriftführer, Anton Haberhausen, Bericht. Alsdann kam der Bericht des Delegierten Kollege Leupke vom Ostdeutschen Bezirkskongressenstage in Hannover zur Besprechung und es wurde der selbst gefassten Resolution einstimmig zugestimmt, also eine Erhöhung des wöchentlichen Beitrages um 2 1/2 Pfg. Alle vier Wochen muß von jetzt an eine Lokalfondsmappe genommen werden. Zum Punkt Verschiedenes regte Kollege Ossentopf an, eine Lokalfonds-Sparbuche anzuschaffen. Auch dieser Punkt wurde angenommen, und wurde versichert, diese Buche fleißig mit kleinen Mitteln zu befüllen.

Kollegen von Silbesheim! Jetzt einmütig vorwärts! Suchen wir alle christlich denkenden Kollegen zu gewinnen für unseren Verband.

Interessant ist noch folgendes Vorkommnis. Seit Wochen bestanden sich auf einer hiesigen Gießerei die Formen, welche im „freien“ deutschen Metallarbeiterverband organisiert sind, im Ausstand. Als unser Verbandsvorsitzender wieder zur Zeit hier referierte, wurde derselbe von einem Vertreter des freien Verbandes öffentlich aufgefordert, resp. ersucht, dafür zu sorgen, daß jenseits des christlichen Verbandes keine Streikbrecher zugelassen würden. Kollege Wieder erklärte das für ganz selbstverständlich, daß ein christlich organisierter Kollege keine Streikbrecherdienste leisten und wurde auch in unserem Organ darauf hingewiesen. Jetzt ist der Streit verloren, nicht von den christlichen, sondern von „frei“ organisierten Mitgliedern des „freien“ deutschen Metallarbeiterverbandes fanden sich genügend Streikbrecher, welche ihren eigenen Verbandskollegen in den Rücken fielen. Den Spektakel wollten wir gesehen haben, wenn dieselben dem christlichen Verband angehört hätten. So ist „über allen Wipfeln Ruh“.

Hamm. Die sozialdemokratische Arbeiter-Zeitung wußte neulich über unsere öffentliche Versammlung mit höchst schmerzlicher Schadenfreude zu berichten: „daß nur zirka 60 Personen von 3000 hier beschäftigten Metallarbeitern erschienen seien.“ Jetzt muß dieselbe Arbeiterzeitung, jammern über eine allgemeine öffentliche sozialdemokratische Gewerkschaftsversammlung, konstatieren, daß dieselbe nur „mäßig“ besucht gewesen sei. Es ist wohl möglich, daß unter dem „mäßig“ noch weniger als 60 Personen zu verstehen sind. Hier scheint auch das alte Sprichwort sich zu bewahrheiten: „Wer andern eine Grube gräbt, fällt selbst hinein.“ Der Herr Artikelschreiber der Arbeiterzeitung mag in Zukunft also hübsch vor der eigenen Türe lehren, er findet daselbst Unrat genug.

Homburg-Barup. Am Sonntag, den 17. Jan. hielt die hiesige am 15. Nov. v. J. gegründete Ortsgruppe eine größere Versammlung ab, die, obgleich zahlreiche schriftliche Einladungen an noch nicht organisierte Kollegen ergangen und durch die Zeitung bekannt gegeben, dennoch mäßig besucht war. Nach einigen einleitenden Worten des Vorsitzenden, Kollegen Bitter, erzielte derselbe dem eigens zu dieser Versammlung erschienenen Kollegen H. aus Essen das Wort zu einem Vortrage. Es würde den Raum zu sehr in Anspruch nehmen, den Inhalt der beifällig aufgenommenen Ausführungen hier wieder zu geben. Jedoch die Schlussworte wollen wir uns immer wieder vor Augen führen, sobald Muthlosigkeit und Jaghaftigkeit uns zu übermannen droht: Kollegen, zeig auch als Männer, als ganze Männer, denn nur bei ist ein ganzer Mann, der für die Schäden unserer Zeit ein offenes Auge hat und sich deshalb wirtschaftlich betätigt, sich organisiert. Beherzigen wir die Worte, Kollegen, und setzen wir sie in die Tat um; arbeiten wir alle nach Kräften am weiteren Ausbau unserer bis jetzt noch kleinen Ortsgruppe, damit sie bald erstarkt zu einem kräftigen Gliede unseres Verbandes.

Hier neue Mitglieder erklärten ihren Beitritt.

Mülheim a. d. Rhine. Sonntag den 17. Januar hielt unsere Ortsgruppe ihre Versammlung ab, geleitet vom Vorsitzenden Beale. Derselbe erstattete Bericht vom verflorenen Jahre und wünscht, daß auch in diesen Jahre die Ortsgruppe immermehr erstärke, bis der letzte Kollege beigetreten sei. Kollege Kramer erstattete Bericht von der Bezirksversammlung in Hagen, wo 3 Ortsgruppen vertreten waren, und Zeugnis ablegte von der erfreulichen Entwicklung des Verbandes. Vor allen Dingen müsse die Opferfreudigkeit gepflegt werden, es dürfe kein Kollege davon zurückschrecken, wenn einmal wöchentlich oder monatlich 10 Pfg. mehr Beitrag zu Verbandszwecken, sei es zu Unterstützungen oder zu Agitation, geleistet werden soll, da jedes noch selbst wieder zugute käme. Jede Ortsgruppe sollte ihr

Ehre darin suchen, die andere im Opfermut zu überflügeln.

Nachdem erfolgte Vorstandswahl. Es wurden die Kollegen Beale, Schütte und Sprenger wiedergewählt. Kollege Kramer hielt sodann noch einen schön durchdachten Vortrag: Warum organisieren wir uns auf christlicher Grundlage. Von dem Grundgedanken ausgehend, daß wir im Gegensatz zur Sozialdemokratie auf christlichem Boden ständen und unsere Lage auf rechtem und geselligem Wege zu verbessern bestrebt seien.

Kollege Ludwig appellierte in längerer Ansprache an die Kollegen, treu, fest und unermüdet für die Ausbreitung des Verbandes Sorge zu tragen, die kleinen Opfer nicht zu scheuen, vor allen Dingen die Agitation von Haus zu Haus eifrig zu betreiben, dann werde der Erfolg nicht ausbleiben. Seine Worte klangen aus in einem Hoch auf den christlich-sozialen Metallarbeiter-Verband Deutschlands.

Damit hatte die schön verlaufene Versammlung ihr Ende erreicht. Sechs Kollegen traten wieder dem Verbande bei. Gott segne die christliche Arbeit!

Maumke. Am 17. Januar fand hier eine öffentliche Versammlung unserer Ortsgruppe statt, zu welcher Arbeitersekretär Becker-Hagen als Referent erschienen war. Derselbe wurde vom Kollegen Meißwinkel geleitet. Derselbe ging kurz auf den Zweck der Versammlung ein und bedauerte, daß die hiesige Arbeiterschaft der Organisation gegenüber sich so indifferent verhalte, welche nur als Beweis der Muthlosigkeit dienen könne.

Der Referent verbreitete sich über die wirtschaftliche Lage der Arbeiter, wie dieselbe durch Krisen, Arbeitslosigkeit, Lohnabzüge u. sich bedeutend verschlechtert habe und noch weiter sinken würde, wenn nicht durch die Organisation Einhalt geboten würde. Dieses könne dieselbe aber nur, wenn die Arbeiter Mann für Mann beitreten, auch vor den Beiträgen und Opfern nicht zurückweichen. Redner zeigte, daß durch einen zehnprozentigen Beitrag, wie er seither im Bezirke geleistet worden, nichts zu erreichen sei, das habe die Vergangenheit bewiesen. Redner ermahnte die Kollegen noch, vor den geringen Beitrag von 20-30 Pfg. nicht zurückzuschrecken. Es würde ihnen selbst hundertfältige Früchte bringen. Mit dem Appell, sich dem christlich-sozialen Metallarbeiter-Verband anzuschließen wurde die Versammlung geschlossen.

Dinklage. Die hiesige Ortsgruppe hielt am 9. Januar mit den Holzarbeitern eine gemeinsame Versammlung ab. Der Zweck derselben war, den unregelmäßigen Arbeitsverhältnissen, wie sie hier bestanden, entgegenzutreten. Es wurde ein Arbeiterausschuß gewählt, welcher um Regelung der Arbeitszeit bei der Direktion vorstellig werden sollte. Die Kommission hatte dieserhalb Schritte unternommen, und wurden teilweise die Wünsche der Arbeiter berücksichtigt. Immerhin bleibt noch genug zu wünschen übrig. Öffentlich lernen die hiesigen Arbeiter, sich erst zu organisieren, um dann um so leichter und besser die Interessen der Arbeiter vertreten zu können. Zehn neue Mitglieder wurden hierbei gewonnen. Öffentlich finden auch die übrigen Kollegen den Weg zu unserem Verbande. Die Lohnverhältnisse sind sehr verbesserungsbedürftig im hiesigen Bezirke, namentlich jetzt, wo mit verkürzter Arbeitszeit gearbeitet werden muß, ist dieses doppelt fühlbar. Wahrscheinlich wird es auch hier mit der Zeit gelingen, bessere Löhne zu erzielen, namentlich dann, wenn sich die Arbeiter bis auf den letzten Mann organisieren. Deshalb hinein in den Verband!

Bocholt, 24. Jan. Unsere heutige Generalversammlung, geleitet vom Vorsitzenden B. v. Londen, war ziemlich gut besucht. Nachdem das Protokoll verlesen und genehmigt war, erhielt der Kassierer das Wort zum Kassierenbericht. Derselbe führte zuerst die gesamte Ein- und Ausgaben vom 1. Januar bis 15. November 1903 vor. Es waren eingegangen an Monatsbeiträgen 124,75 Mk., in der Lokalkasse waren vorhanden 9,10 Mk., macht zusammen 133,85 Mk., an die Zentrale Duisburg abgesandt 91,30 Mk., Ausgaben der Lokalkasse betragen 30,21 Mk., Die Gesamtausgabe betrug also 121,51 Mk., demnach waren in der Lokalkasse am 15. November noch 12,34 Mk. vorhanden. Ferner für den Streiklohn waren eingegangen 117,36 Mk., hiervon ab 1 Mk. für Porto an Geldsendung nach Iserlohn blieben 116,36 Mk. Hierauf berichtete er über die Zeit vom 15. November bis 31. Dezember 1903. Die Einnahmen während der Zugehörigkeit zum Duisburger Verband betragen an Wochenbeiträgen 27 Mk., an Delegiertenbes. 2,10 Mk., an Beitragsgelder 4,00 Mk., waren zusammen 33,10 Mk. Hier von an die Zentrale Duisburg abgesandt 29,05 Mk., D. Einnahmen der Lokalkasse betragen 15 Pfg., der Wochenbeiträge gleich 4,05 Mk., mithin ein Lokalkassenbestand von 16,39 Mk. Die Ausgaben der Lokalkasse betragen 3,66 Mk., demnach war am 1. Januar 1904 ein Lokalkassenbestand von 12,73 Mk. Hierauf wies der Kassierer noch darauf hin, daß die Kollegen es nur mit Freude begrüßen können, daß sie jetzt einem besseren und leistungsfähigeren Verbande angeschlossen seien, als der Sie-

geländer es war. denn vom 1. Januar 1903 bis 15. November waren an die Zentrale Siegen nur 91,30 Mk., wogegen an die Zentrale Duisburg in nur 1 1/2 Monate 29,05 Mk. eingesandt wurden, dabei stand die Mitgliederzahl früher bedeutend höher als augenblicklich. Hierauf beschäftigte der Kassierer, Kollege Kortens o. n. die Kasse und Bücher in Ordnung gefunden zu haben und dankte dem Kassierer für seine genaue und ordnungsmäßige Kassensführung, worauf dem Kassierer Entlastung erteilt wurde. Zu Punkt 2 führte der Vorsitzende einen Rückblick auf das verflorenen Jahr und hoffte, daß sich die Mitgliederzahl verdoppeln werde. 3. Punkt: Wahl eines neuen Vorstandes, welcher durch Stimmzettel wiedergewählt wurde. Zum Vorsitzenden B. v. Londen, welcher bemerkte, bei der nächsten Vorstandswahl von seiner Person abzugehen. Zum Kassierer W. Hoffmann, Schriftführer H. Schmitt, als Bericht Jos. Wüdding und Jos. Kortens o. n. Als nahmen die Wahl an. 4. Punkt: Wahl zweier Delegierten zum Kartell. Aus derselben gingen B. v. Londen und Pascha hervor. Unter Mitteilungen machte der Vorsitzende bekannt, daß in der nächsten Versammlung ein Beschluß gefaßt werden solle zur Abhaltung einer öffentlichen Metallarbeiterversammlung.

Reinbrohl. Zu unserer Monatsversammlung, welche am 17. Januar stattfand, war Kollege Döring-Röhl als Referent erschienen. Derselbe referierte in eingehender Weise über die Notwendigkeit der Organisation, den Zweck und die Aufgaben. Insbesondere belehrte derselbe uns in der praktischen Tätigkeit. Auch wurde die Anregung gegeben, die Krankenkasse einzuführen. Des ferneren wurde der Wunsch laut, bald eine öffentliche Versammlung einzuberufen, wozu der Verbandsvorsitzende wieder erschienen soll. Am Schlusse der Versammlung ermahnte der Vorsitzende die Kollegen, recht eifrig für den Verband zu arbeiten, und die kleinen Opfer gern zu bringen, da es in ihrem eigenem Interesse gelegen sei.

Dülmen. Unsere Ortsgruppe hatte auf den 10. Januar eine öffentliche Versammlung anberaumt, zu welcher unser Verbandsvorsitzender wieder erschienen war. Dieselbe war außerordentlich stark besucht. Auch die Herren Sozialdemokraten hatten sich Redner von Dieckfeld und Minister verschrieben. Der Referent ging von dem Grundgedanken aus, daß nur in der Verbindung und Zusammenfassung der Kräfte großes zu erreichen sei, wie es uns das Kommunal-, Staats- und Wirtschaftsleben täglich vor Augen führe. Der Einzelne vermöge nichts oder nur sehr wenig. Deshalb liege in der Gemeinsamkeit die Kraft jeglichen Kulturfortschritts auf allen Gebieten. Hierzu aber sei Organisation die Voraussetzung, um ein gedeihliches Wirken zu ermöglichen, daselbe gelte auch im sozialen Zusammenleben der einzelnen Volksschichten, damit ein gerechter Ausgleich geschaffen werde zwischen dem Besizer und der Arbeit.

Nur wenn die Arbeiter dieses erkennen und die praktische Anwendung daraus ziehen, wird auch für die Arbeiter ein Kulturfortschritt möglich sein. Redner verbreitete sich noch eingehend über die Aufgaben der Organisation, welche nicht allein im Interesse des Arbeiterverbandes, sondern der Gesamtheit gelegen seien und schloß seinen zirka 1 1/2 stündigen inhaltreichen Vortrag mit dem Appell an die christlichen Arbeiter, sich dem christlichen Metallarbeiterverbande anzuschließen.

In der Diskussion sprachen die sozialdemokratischen Agitatoren von Dieckfeld und Münster. Dieselben fanden an dem Vortrag selbst nichts auszusetzen, zogen deshalb alles mögliche und unmögliche in die Debatte; unter anderen machte zunächst der Brodwacher herhalten; überhaupt suchten dieselben an den christlichen Gewerkschaften kein gutes Haar zu lassen. Als der letzte Redner sich gar erdreiste, die christlichen Gewerkschaftsführer persönlich zu verunglimpfen, wurde derselbe vom Leiter der Versammlung, Kollege Demming, aufgefordert, entweder Beweise für seine Behauptungen zu erbringen oder die Äußerungen zurückzunehmen. Da sich der Redner dagegen sträubte, wurde ihm das Wort entzogen.

Es ist immer die alte Erfahrung, daß von sozialdemokratischer Seite das Geströhre schände mißbraucht wird, trotzdem wegen solche Elemente noch immer, den christlichen Gewerkschaften, Arbeiterzersplitterung vorzuwerfen. Da durch den Tumult und Unruhe ein längeres Schlusswort des Referenten nicht möglich war, begnügte sich der Referent mit dem Hinweis an die christlichen Arbeiter, daß der heutige Abend gezeigt habe, daß nur in der christlichen Gewerkschaft ihr Platz sei und fordert derselbe nochmals auf, dieser doch beizutreten bis auf den letzten Mann. In Zukunft werden wir hier in Dülmen nicht mehr unsere Versammlungen zum Tummelplatz auswärtiger sozialdemokratischer Agitatoren mißbrauchen lassen, das mögen sich die Herren in der Zukunft merken.

Rathenau. Nach einer längeren Ruhepause fand am 17. d. J. unter dem Vorsitz des Kollegen Ritzerfeld (Gumboldkolonie) eine Versammlung statt mit der Tagesordnung: Wie stellen sich die Arbeiter von Rathenau betreff Wiedererrichtung der eingegangenen Ortsgruppe des christl.-soz. Metallarbeiterverbandes. Bei der Ein-

leitung begründete der Vorsitzende im Auftrage der Agitationsbezirke Köln die erschienenen Kollegen und Freunde unserer Bestrebungen, ganz besonders den hiesigen Kaplan Schläger, welcher ebenfalls erschienen war. Kap. Bergmann (Kalk), welcher das Referat übernommen, legte in kernigen Worten die Versammlung Zweck und Ziele der Organisation vor, betonte es so sehr den Nutzen derselben, wenn auf der andern Seite nicht der Opfergeist fehle, weil ohne Solidarität und Opfersinn auch in einer Organisation nichts Ersprießliches erreicht werden kann. Nachdem Kollege Bergmann noch auf die Schäden und Unkenntnisse der Arbeiter unserer Sache gegenüber aufmerksam gemacht, forderte derselbe alle Anwesende auf, sich unserem Verbands anzuschließen. Nur derjenige habe die heutige Lage der Arbeiter erkannt, der einer christlichen Organisation angehört, worauf Redner seine Ausführungen mit der Devise: Einer für Alle und Alle für Einen, schloß. In der Diskussion ergriff zunächst der hiesige Herr Kaplan Schläger das Wort, sprach seine Freude darüber aus, daß die Ortsgruppe wieder errichtet und mahnte zu eifriger Agitation. Er, Redner, würde auch so viel in seinen Kräften steht, mitarbeiten, damit dieses junge Reich zu einem herrlichen Baume emporkommt. Alle Anwesende waren sich einig, die Ortsgruppe wieder ins Leben zu rufen. Bei der Wahl des Vorstandes wurden die Kollegen Wilh. Soß, Kirchstr. 118, als erster und Kollege Joh. Müller, Kassierer, Will. I. Soß, Schriftführer, sowie die Kollegen Joh. Krämer und Heinrich Schneider als Beisitzer gewählt. Der Vorsitzende erwähnte nunmehr alle Anwesende, recht kräftig in die Agitation einzutreten, wenn auch das Häuflein noch klein, es jedoch, wenn alle ihre Pflicht tun, dazu kommen muß, daß alle Metallarbeiter von Rath-Heumar sich befinden im christl.-soz. Metallarbeiterverbande. Ja selbst, wenn Stürme kommen, nicht verzagen, dann vor allem das „Persönliche“ in den Hintergrund stellen und für die Gesamtheit arbeiten und für unsere gute Sache, denn nur durch ein gutes harmonisches Verhältnis ist es ermöglicht, Fortschritte zu erzielen. Mit Worten des Dankes an die Anwesenden Kollegen und Freunde wurde die Versammlung mit dem christlichen Grusse geschlossen. Es wurde noch darauf aufmerksam gemacht, daß die nächste Versammlung Sonntag, den 31. d. Mts., morgens 11 Uhr, im Lokale des Herrn Klein stattfindet.

Großenbaum. Am 10. Januar hielt die hiesige Ortsgruppe ihre erste diesjährige Versammlung bei Römer ab. Kollege B. Hochfeld, welcher noch mit zwei Paragraphen 105 der Gewerbeordnung, der freie Arbeitsvertrag, welcher wohl auf dem Papiere stehe, in Wirklichkeit aber nicht frei sei, indem der Arbeiter die Bedingungen einfach annehmen muß, welche der Unternehmer diktiert. Nur durch die Organisation könne ein freier Arbeitsvertrag erreicht werden, auf kollektiv. Wege, indem die Organisation den Vertrag über die Lohn und Arbeitsverhältnisse für die Arbeiter abschließen könne. Aber solches werde erst dann eintreten, wenn die Organisation groß und mächtig daherkommt; um solches bald zu erreichen, sei es notwendig, daß die Arbeiter alle sich der christlichen Organisation anschließen. In diesem Sinne zu wirken, müsse es sich jedes Mitglied zur Aufgabe machen.

Sikendorf. Unsere Versammlung fand am 17. Januar statt und wurde geleitet vom Kollegen Blum. Der Vorsitzende hielt einen Vortrag über das Unfall- und Invaliden-Versicherungswesen, hierbei zeigend, wie gerade in diesen für die Arbeiter so wichtigen Dingen noch so große Unkenntnis unter denselben herrsche, wodurch jährlich hunderttausende Mark Verluste entstünden, er erwähnte dieselben, sich mehr um ihre eigene Sache zu bemühen, welches ihnen selbst zum Vorteil gereiche. Besonders wichtig sei es, die Versammlungen zu besuchen, wenn derartige Vorträge gehalten würden, andernfalls die Arbeiter sich selbst die Schuld beizumessen hätten, wenn sie Schaden erleiden müßten.

Hierauf erfolgte die Wahl des Vorstandes. Gewählt wurden die Kollegen: Blum, Fuhs, Jordan, Tillenburg, Gögens.

Der Vorsitzende entwarf dann noch einen Rückblick auf die verfloßene Vereinsstätigkeit, hervorhebend, daß trotz der intensiven Arbeit des Vorstandes und der Vertrauensmänner viele Kollegen von den gewerkschaftlichen Aufgaben absolut kein Verständnis hätten, was aber darauf zurückzuführen sei, daß dieselben sich um nichts bekümmerten, keine Versammlungen besuchten, in Folge dessen dem Verbands den Nutzen lehrten; das alles wegen den paar Groschen Beitrag. Die Lohnverhältnisse sind zum Teil geradezu traurige im hiesigen Bezirke, trotzdem es Werte gibt, die schon 25, 30, ja 50 Prozent Dividenden bezahlt haben. Die Arbeiter haben, trauten und mühen hinter dem Bier- oder Schnapsglas; damit glauben sie ihre Lage verbessern zu können. Das soll, das muß anders werden. Deshalb werden die treuen Kollegen ermahnt, nicht den Mut zu verlieren; einmal müssen doch auch die hiesigen Arbeiter zur Besinnung kommen, daß, wenn es besser werden soll, die Kollegen sich erst organisieren und Beiträge zahlen müssen.

Redner erwähnte alle Kollegen, in diesem Sinne im neuen Jahre wirken zu wollen, dann würde der Erfolg nicht ausbleiben.

Hannau. Auch hier haben sich die christlichen Metallarbeiter zusammengefunden im Verbands. Zwar ist die Ortsgruppe noch jung, circa 28 Kollegen hatten sich bereit erklärt, einen Anfang mit der Organisation zu machen. Öffentlich ist für die Zukunft auch noch Zuwachs zu verzeichnen, wenn alle ihre Pflicht tun. Am 11. Januar war Kollege Scherrer-Offenbach hier und referierte über Zweck und Nutzen der Organisation und über den freien Arbeitsvertrag.

Nachdem wurde der Vorstand gewählt aus folgenden Kollegen: Peter, Hansmann, Uhl, Becker und Gutmann. Die Versammlungen sollen jeden zweiten Montag im Monat, abends 8 1/2 Uhr, stattfinden; jeden Samstag von 9-10 Uhr Kassenabend.

(Anmerkung der Redaktion. Es ist vorteilhafter und besser, wenn von den Vorstandsmitgliedern und Vertrauensmännern die Beiträge abgeholt oder durch Vertretungsleiter erhoben werden, sonst bleiben die Kollegen im Unklaren und fallen ab.)

M.-Gladbach. An dieser Stelle möchte ich mit den Kollegen von M.-Glabach und Umgebung ein ernstes Wort sprechen und denselben ihre Pflichten einmal ans Herz legen. Wir hatten am Sonntag den 3. Januar unsere monatliche Versammlung, welche von sage und schreibe 15 Personen besucht war. Kennt man das seine Pflichten dem Verbands gegenüber erfüllen, wenn trotz schriftlicher und mündlicher Einladung des Vorstandes ganze 15 Mann dieser Einladung Folge leisten. Sind denn die Gladbacher Kollegen durch nichts mehr dahin zu bringen, daß sie alle Monate einmal die Versammlung besuchen. Es ist ja wahr, wir können uns sonst nicht über unsere Mitglieder beschweren, was Zahlung der Beiträge usw. anbetrifft. Aber liebe Kollegen, das ist nicht genug, wir müssen auch und zwar ständig die Versammlungen besuchen, denn hier können die Kollegen sich ausdrücken, sich belehren und auch gegenseitig stärken zu den Aufgaben, welche dem Gewerkschaftler gestellt sind. Oder leben wir hier in Gladbach in solch schönen Verhältnissen, daß wir solches nicht nötig haben?

Nun, ich denke, die Kollegen werden sich diese Frage selbst beantworten. Wir haben schon vor einiger Zeit über die Lohnverhältnisse in den hiesigen Betrieben verhandelt. Kürzlich wurde uns noch ein Fall mitgeteilt, wie die Behandlung hier so schön gehandhabt wird. Ein Arbeiter in einer hiesigen Fabrik gerät mit dem Meister in Streit und will seine Entlassung, erhält aber von dem Meister die Antwort: Nein, Sie bleiben noch 14 Tage hier, ich schlage Ihnen zuerst noch die „Knochen kaput“. Wenn solche Verhältnisse dem Arbeiter die Augen nicht öffnen, um zu wissen, welche Pflichten er hat, so ist ihm nicht mehr zu helfen.

Werte Arbeitskollegen von M.-Glabach, am Sonntag den 7. Februar, nachmittags 6 Uhr, findet bei Kraupohl die Generalversammlung statt. Legt die Gleichgültigkeit mal ab und erscheint alle ohne Ausnahme zu dieser Versammlung, in welcher die Vorstandswahl vorgenommen wird, und sorgt dafür, daß der neue Vorstand von einer großen Mitgliederzahl gewählt wird. Alle müssen sich daran beteiligen. Suche ein jeder auf seine Mitarbeiter einzuwirken, um sie für den Verband zu gewinnen. Denn nur dann, wenn ein jeder Kollege seine Pflicht tut und für den Verband agitiert, können wir vorwärts kommen und unsere Ziele, die wir uns gestellt haben erreichen. Also nochmals, komme ein jeder zur Generalversammlung am 7. Februar.

Remscheid. Am 10. Januar fand unsere Generalversammlung mit Vorstandswahl statt. Zu der aber, wie immer, nur kaum die Hälfte der Mitglieder erschienen war. In seinem Jahresberichte, welche der Vorsitzende erstattete, wurde der saumselige Versammlungsbesuch besonders gerügt. 17 Neuaufnahmen waren zu verzeichnen, deren aber auch eine Reihe Austritte gegenüberstanden. Die Austritte folgten fast alle wegen der Beitragszahlung, indem dieselben die Beiträge so lange rückschieben, bis es ihnen zu viel dünkt. (Warum wird durch Vertrauensmänner oder Vertretungsleiter nicht für pünktliche Beitreibung der Beiträge Sorge getragen. So läne dieses nicht auf der ganzen Linie gescheht, wird der starke Mitgliederwechsel bleiben, auch die Versammlungsbesuch schlecht sein, weil nicht durch den Vorstand und Vertrauensmänner auf die Mitglieder event. in ihren Wohnungen eingewirkt wird. Mit der Demonstration über schlechten Versammlungsbesuch im Organ allein, läßt sich solches nicht ändern, dieses sollte doch allgemein beherzigt werden. D. Red.)

Als Vorstand wurde gewählt: Wilh. Weiden, Vors.; August Bauer, Kassierer; Wilh. Meurer, Schriftführer; Schmitt, Jangelmann, Bismann, als Stellvertreter; Ott, Bauer, Funk, Ellen, Vertrauensmänner. Zum Vereinslokal wurde der Englische Hof bestimmt. Mit dem Ansporn zur eifrigen Agitation schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Briefkasten.

Berichtigung. In der Mitteilung der eingelangten Beiträge wurde es bei Aachen nicht 9 Mark sondern 90 Mark heißen.

Ähnliche Einblendungen müßten zurückgestellt werden.

An Verschiedene. Ein Exemplar der Abrechnungen, bleibt in der Ortsgruppe als Beleg und zur Kontrolle.

An Verschiedene. Angehörige anderer Verbände können mit gleichen Rechten bei uns eintreten, müssen aber zur Kontrolle ihr Mitgliedsbuch abgeben und Beiträge gezahlt haben, resp. die rückständigen nachzahlen. Einschiebegerel wird in diesem Falle nicht erhoben. Auch gehen ihnen ihre erworbenen Rechte, soweit sie mit unserm Statut im Einklang stehen, nicht verloren.

Der diesmaligen Sendung des Organs sind die bestellten Brochüren vom Frankfurter Kongress beigelegt.

Versammlungs-Anzeiger.

Münster. Jeden 4. Samstag im Monat 8 1/2 Uhr beim Paritätswirt.

Münster. Sonntag den 31. Januar, Generalversammlung. Rechnungsablage und Vorstandswahl. Alle Kollegen werden dringend gebeten, zu erscheinen.

Berlin. Jeden 2. Sonnabend im Monat, abends 8 1/2 Uhr Versammlung in den „Arminhallen“, Kommandantenstraße 20. — Jeden letzten Sonnabend im Monat Vertrauensmänner- und Krankentassenversammlung, Niederwallstraße 82. — In Oberschönenweide jeden 8. Sonnabend im Monat, abends 8 1/2 Uhr bei Kottbar, Replerstraße 1. — Unterstützungen zahlt aus Kollege Albrecht, Solmsstraße 12 IV, vorm. von 1/2 9-1/2 9 Uhr abends.

Barmen. Samstag, 19. Februar, abends 8 1/2 Uhr Versammlung bei Martin, Parlamentstr. — Sonntag, 7. Febr., abends 6 Uhr im Schützenhaus Familienabend.

Buchholz-Großenbaum. Sonntag den 31. Januar, nachmittags 5 Uhr, Versammlung bei Kaiser, Großenbaum. Jahresbericht, Kassenbericht, Vorstandswahl, Wahl des Bezirksvorsitzenden, Bochot. Sonntag den 7. Februar, morgens 11 1/2 Uhr, Versammlung bei Jimping. Alle erscheinen.

Bruchhausen. Sonntag den 31. Januar, Generalversammlung. 1. Vorstandswahl; 2. Besprechung über Anschaffung einer Bibliothek.

Glebe. Sonntag den 31. Januar morgens 11 1/2 Uhr Versammlung.

Dülmen. Sonntag den 31. Januar, morgens 11 Uhr, Versammlung bei Frau Witwe Krauer.

Dinslage. Sonnabend den 18. Februar Versammlung.

Düren. Jeden 2. Sonntag im Monat, morgens 10 1/2 Uhr Versammlung bei Klinkenberg, Philippstraße.

Dortmund. Jeden ersten Sonntag im Monat Versammlung.

Dorsten. Jeden zweiten Sonntag im Monat, nachmittags 6 1/2 Uhr, Versammlung bei Strügen.

Fombrich-Barop. Jeden dritten Sonntag im Monat, nachmittags 4 Uhr, Versammlung im Lokale des Wirtz Fritz Schnitter.

Hilden. Sonntag, den 31. Januar Versammlung, abends 6 1/2 Uhr.

Hüllen. Samstag, 6. Februar, abends 8 Uhr Familienabend. Sonntag den 31. Januar 5 Uhr Versammlung.

Iserlohn. Sonntag den 31. Januar, abends 6 Uhr, große öffentliche Versammlung. Referent: Stegerwald-Köln. Tagesordnung: Was lehren uns die wirtschaftlichen Kämpfe der letzten Zeit und die dabei gemachten Erfahrungen mit den freien Gewerkschaften.

Köln, Humboldt-Kolonie. Sonntag, den 31. Jan., morgens 11 im Saale Duth Generalversammlung, Abrechnung, Jahresbericht, Vorstandswahl.

Kippstadt. Alle 14 Tage (jeden Sonntag nach Erscheinen unseres Vereinsorgans), nachmittags 4 1/2 Uhr, Versammlung im Schellenhause.

31. Janur: Vortrag.

W. Rhein (Whein). Sonntag, den 31. Januar Generalversammlung, g. Kassenbericht, Vorstandswahl. Alle Kollegen müssen erscheinen.

Wülheim a. d. Rhine. Die nächste Versammlung findet Sonntag, den 8. Februar, nachmittags 5 Uhr statt.

Oberhausen. Jeden ersten Sonntag im Monat Versammlung bei Gajepath.

Oberhausen b. Aueburg. Jeden 2. Samstag im Monat abends 8 Uhr im Gasthof zum Dümml.

Neufeld. Jeden zweiten Sonntag im Monat, abends 5 1/2 Uhr, Versammlung im Englischen Hof.

Rath-Heumar. Sonntag, den 31. Januar morgens 11 Uhr Versammlung bei Kreis in Drumar.

Ruhrort. Unsere Versammlungen finden jeden 1. und 8. Sonntag im Monat im Vereinslokale W. Klein, Harmoniestr. 59 morgens 11 Uhr statt.

Ratingen. Jeden 2. und 4. Sonntag, abends 6 Uhr Versammlung.

Schalke. Samstag, 6. Februar 8 1/2 Uhr Versammlung bei Schließing.

Schwelm. Sonntag den 6. Februar Versammlung im evang. gelich in Vereinslokal.

Thale a. S. Jeden 2. Sonntag im Monat, nachmittags 4 Uhr, Versammlung, Hotel Fortshaus.

Velbert. Jeden 1. und 2. Samstag Versammlung 1 1/2 Uhr bei Baute über obere Friedrichstraße.

Verlautenheide. Jeden ersten Sonntag im Monat, abends 7 Uhr im Lokale J. Kahl'n, Versammlung.

Wingst. Sonntag den 14. Februar, morgens 10 1/2 Uhr bei Floke Versammlung.

Wiesbaden. Jeden 2. und 4. Sonntag im Monat, vorm. 11 1/2 Uhr im „Bater Rhein“, Bleichstraße 3 Versammlung.

Unserem lieben Kollegen
Karl Schmeyer und Fräulein Magdalena Bauer
 zu ihrer **Verheiratung**
 die herzlichsten Glückwünsche!
 Die Kollegen von Wülheim-Ruhr.

